Satzung

für das Jugendamt des Lahn-Dill-Kreises

Aufgrund der §§ 69 ff des Kinder- und Jugendhilfegesetzes -KJHG-(Achstes Buch Sozialgesetzbuch - SGB VIII) vom 26. Juni 1990(BGBl I, Seite 1163 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.Februar 1993 (BGBl I 1993, Seite 239 ff), der §§ 4, 6 des Hessischen Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes -AG-KJHG- vom 18.12.1992 (GVBl. I, Seite 655) sowie der §§ 5, 30 der Hessischen Landkreisordnung -HKO- in der Fassung vom 01.April 1993 (GVBl. I 1992, Seite 568 ff), hat der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises am 14.12.1993 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Zuständigkeit

- 1) Die Aufgaben des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach dem KJHG und dem AG-KJHG werden vom Jugendamt des Lahn-Dill-Kreises wahrgenommen.
- 2) Das Jugendamt gewährleistet insbesondere
 - a) die Erbringung der Leistungen der Jugendhilfe nach den §§ 11 - 41 KJHG
 - b) die Erfüllung anderer Aufgaben der Jugendhilfe nach den §§ 42 - 60 KJHG, soweit nicht der überörtliche Träger der Jugendhilfe sachlich zuständig ist.
- 3) Dem Jugendamt obliegen außerdem Aufgaben, für die es aufgrund anderer Gesetze oder Rechtsverordnungen zuständig ist.

§ 2

Organisation des Jugendamtes

- 1) Die Aufgaben des Jugendamtes werden durch den Jugendhilfeausschuß und durch die Verwaltung des Jugendamtes wahrgenommen.
- 2) Die Zuständigkeitsabgrenzung zwischen dem Jugendhilfeausschuß und der Verwaltung des Jugendamtes richtet sich nach den Bestimmungen der §§ 70, 71 KJHG und des § 6 AG-KJHG.

§ 3

Aufgaben des Jugendhilfeausschusses

- 1) Der Jugendhilfeausschuß ist nach Maßgabe des § 71 (3) KJHG ein beschließender Ausschuß eigener Art.
Er hat Beschlußrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft bereitgestellten Mittel, der von ihr erlassenen Satzung und der von ihr gefaßten Beschlüsse. Er soll vor jeder Beschlußfassung der Vertretungskörperschaft in Fragen der Jugendhilfe gehört werden und hat das Recht, an die Vertretungskörperschaft Anträge zu stellen.

Er befaßt sich insbesondere mit

- a) der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe,
- b) der Jugendhilfeplanung,
- c) der Förderung der freien Jugendhilfe,
- d) der Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe,
- e) der Entscheidung über die Anerkennung und den Widerruf als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG i. V. m. § 11 AG-KJHG,
- f) der Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen,
- g) der Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Beisitzerinnen und Beisitzer für den Ausschuß und die Kammer für Kriegsdienstverweigerer,
- h) der Vorberatung des Haushaltes und der Nachtragshaushalte für den Bereich der Jugendhilfe,
- i) der Anhörung vor der Berufung der Leiterin oder des Leiters der Verwaltung des Jugendamtes.

§ 4

Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

- 1) Die Zahl der Mitglieder nach § 71 Abs. 1 KJHG bestimmt diese Satzung, sie wird auf 15 stimmberechtigte sowie weitere beratende Mitglieder festgesetzt. Dem Jugendhilfeausschuß gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:
 - a) mit drei Fünftel des Anteils der Stimmen die Landrätin oder der Landrat oder die zur Vertretung benannte Person, sowie Mitglieder der Vertretungskörperschaft des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe oder von ihr gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind.
 - b) mit zwei Fünftel des Anteils der Stimmen Frauen und Männer, die auf Vorschlag der im Bereich des öffentlichen Trägers wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe von der Vertretungskörperschaft gewählt werden.

Vorschläge der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände sind angemessen zu berücksichtigen.

Für jedes stimmberechtigte und beratende Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied vorzusehen. Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder müssen das 18. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz im Gebiet des örtlichen Trägers haben. Frauen und Männer sollen zu gleichen Teilen berücksichtigt werden.

- 2) Dem Jugendhilfeausschuß gehören als beratende Mitglieder an:
 - a) kraft Gesetzes die Leiterin oder der Leiter der Verwaltung des Jugendamtes oder die zur Vertretung genannte Person,
 - b) die Frauenbeauftragte des Kreises oder eine von ihr benannte Person,
 - c) je eine Vertreterin oder ein Vertreter der katholischen Kirche, der evangelischen Kirche sowie der freikirchlichen Gemeinden,
 - d) eine Vertreterin oder ein Vertreter des Staatlichen Schulamtes,
 - e) eine Ärztin oder ein Arzt des Gesundheitsamtes,
 - f) eine Vormundschafts-, Familien- oder Jugendrichterin oder ein Vormundschafts-, Familien- oder Jugendrichter,
 - g) eine Berufsberaterin oder ein Berufsberater des Arbeitsamtes.

Weitere sachkundige Personen können bei Bedarf hinzugezogen werden.

§ 5 Verfahren

- 1) Der Jugendhilfeausschuß tritt nach Bedarf zusammen und ist auf Antrag von mindestens einem Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder einzuberufen. Seine Sitzungen sind öffentlich, soweit nicht das Wohl der Allgemeinheit, berechnigte Interessen einzelner oder schutzbedürftiger Personen entgegenstehen.
- 2) Die Ladung zur ersten Sitzung nach der Neubildung des Jugendhilfeausschusses erfolgt durch die Landrätin oder den Landrat oder die zur Vertretung benannte Person.
- 3) Die stimmberechtigten Mitglieder wählen in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses nach seiner Neubildung aus ihrer Mitte das vorsitzende Mitglied und seine Stellvertreterin oder seinen Stellvertreter. Für Wahlen gilt § 55 der Hess. Gemeindeordnung entsprechend. Bis zur Wahl des vorsitzenden Mitgliedes führt die Landrätin oder der Landrat oder die zur Vertretung benannte Person den Vorsitz. Die oder der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses kann mit einer Mehrheit von mindestens zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder abgewählt werden; das gleiche gilt für seine Stellvertreterin oder seinen Stellvertreter.
- 4) Der Jugendhilfeausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefaßt. Abweichend hiervon finden die einschlägigen Vorschriften spezieller Gesetze oder Rechtsverordnungen, für deren Besorgung der Jugendhilfeausschuß zuständig ist, Anwendung.
- 5) Für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und seiner Fachausschüsse gilt die Satzung über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige in der jeweils gültigen Fassung.

§ 6 Bildung von Fachausschüssen

- 1) Gemäß § 6 (6) AG-KJHG setzt der Jugendhilfeausschuß zur Vorbereitung seiner Beschlüsse folgende Fachausschüsse ein:
 - a) Fachausschuß "Jugendhilfeplanung und -entwicklung"
 - b) Fachausschuß "Allgemeine Förderung der Jugendhilfe".
Bei Bedarf kann der Jugendhilfeausschuß zwecks Vor- oder Aufbereitung bestimmter Sachthemen auf Dauer oder auf Zeit weitere Fachausschüsse bilden.